

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Europäische Union unter slowenischer Präsidentschaft

Am 1. Januar 2008 hat mit Slowenien erstmals einer der 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft von Portugal übernommen. Nach Deutschland und Portugal vollendet Slowenien unter dem Motto „Si.nergy for Europe“ die erste Triopräsidentschaft, die sich zu Jahresbeginn 2007 ein gemeinsames Arbeitsprogramm für 18 Monate gegeben hatte. Neben den zwei Gipfeltreffen in Brüssel wird es im Mai ein Gipfeltreffen EU-Lateinamerika geben. Doch nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage dürfte Slowenien im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Stabilität und der europäischen Perspektive für die Staaten des westlichen Balkans besondere Bedeutung einräumen. Gleich zu Beginn der Präsidentschaft steht die Entscheidung über die Statusfrage des Kosovo an. Innen- und wirtschaftspolitisch stehen u.a. die Fortsetzung der Lissabon-Strategie und das Energie- und Klimapakete auf der Tagesordnung. Slowenien hat angekündigt, den Vertrag von Lissabon zügig zu ratifizieren. Auf die slowenische Präsidentschaft wird in der zweiten Jahreshälfte die zweite Triopräsidentschaft, beginnend mit Frankreich, folgen.

Der Rat der Europäischen Union, auch Ministerrat oder Rat genannt, ist Entscheidungs- und Koordinierungsorgan der EU. Er ist gemeinsam mit dem Europäischen Parlament Gesetzgeber, legt die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der allgemeinen, vom Europäischen Rat definierten Richtlinien fest, und koordiniert die Aktivitäten der Mitgliedstaaten. Im Rat ist jeder Mitgliedstaat auf Ministerebene vertreten. Der Europäische Rat, der sich aus Staats- und Regierungschefs sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission zusammensetzt, tritt mindestens zweimal jährlich zusammen, gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen fest. Slowenien, das nun die Sitzungen vorbereiten und jeweils den Vorsitz führen wird, ist mit zwei Millionen Einwohnern der fünftkleinste Mitgliedstaat der EU – nach Malta, Luxemburg, Zypern und Estland. Es war Teil des ehemaligen Jugoslawien und wurde 1991 unabhängig. Am 1. Mai 2004 trat Slowenien der EU bei und hat seit Jahresbeginn 2007 den Euro als Zahlungsmittel eingeführt. Das 18-Monate-Programm der Triopräsidentschaft sichert politische Kontinuität; die amtierende Ratspräsidentschaft kann mit dem jeweils eigenen Programm aber auch Akzente setzen.

Zu den Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft gehört der Prozess der **Ratifizierung des Vertrages von Lissabon**, des ersten Vertrages, den alle derzeitigen 27 Mitglied-

staaten unterzeichnet haben. Slowenien hat angekündigt, ein rechtzeitiges Inkrafttreten des Vertrages und seine Umsetzung vorzubereiten. Beim Frühjahrsgipfel am 13./14. März, dem traditionellen „Lissabon-Gipfel“, geht es um die Einleitung des nächsten Drei-Jahres-Zyklus der **Lissabon-Strategie** (der erste Zyklus umfasst die Jahre 2005-2008). Die Präsidentschaft will die bisherigen Schwerpunkte beibehalten: Aufbau einer innovativen, wissensbasierten Gesellschaft, Entwicklung einer wettbewerbsfähigen, dynamischen Wirtschaft, Investitionen in Humankapital, Antwort auf die Herausforderungen des demographischen Wandels, Förderung von Energiesicherheit und Umweltschutz. Das Präsidentschaftsprogramm listet hierzu die Einrichtung eines offenen europäischen Forschungsraums auf, die Weiterentwicklung des Europäischen Technologieinstituts, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft, die Förderung lebenslangen Lernens bis hin zu besonderen Forschungsvorhaben wie GALILEO. Kleine und mittlere Unternehmen als Rückgrat der europäischen Wirtschaft sollen gestärkt werden, auch soll ihr Zugang zu finanziellen Ressourcen (Forschung, Risikokapital) verbessert werden. Im Bereich des Binnenmarktes benennt das Programm unter anderem als Schwerpunkte ein Gesetzespaket zur elektronischen Kommunikation, die Einrichtung des Gemeinschaftspatentes, die weitere Liberalisierung der Finanzdienstleistungen, eine Vereinbarung zu Verbraucherkrediten. Was den Arbeitsmarkt

angeht, setzt die Präsidentschaft auf das Konzept der Flexicurity und will im Kampf gegen Ausgrenzung und Armut insbesondere die Chancen von Kindern und jungen Erwerbsfähigen verbessern. Die Förderung des Europäischen Paktes für die Jugend verknüpft die Präsidentschaft mit Maßnahmen im Rahmen des Jahres des Interkulturellen Dialoges, in dessen Zeichen 2008 stehen wird.

Ebenfalls ganz oben auf der Agenda stehen die Themen Energie und Klimaschutz. Nach der Klimakonferenz auf Bali vom Dezember 2007 hat die Kommission für den 23. Januar 2008 ein umfassendes Energie- und Klimapakett angekündigt. Der Fokus soll dabei auf dem Emissionshandel, der Kohlenstoffabscheidung und Kohlenstofflagerung sowie der Förderung erneuerbarer Energien liegen. Die Präsidentschaft will sich für eine Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte stark machen und eine Europäische Strategie für Energietechnologie voranbringen. Der Frühjahrsgipfel erwartet weiter einen gemeinsamen Bericht des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der EU-Kommission zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die internationale Sicherheit.

Auch im Verhältnis zu den Nachbarn soll das Thema Energie, insbesondere Fragen der Energieversorgung und des Transportes, eine Rolle spielen.

In den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht will die Präsidentschaft sich für eine Erweiterung des Schengen-Raumes um die Schweiz einsetzen. Auch sollen die Diskussionen über ein europäisches Asylsystem, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Überführung des Vertrages von Prüm in das Gemeinschaftsrecht vorangebracht werden.

Außenpolitisch stehen die Schwarzmeerregion und die Mittelmeerregion auf der Tagesordnung. Slowenien, selbst Mittelmeerrainer, hat die Gründung einer Euro-Mediterranen Universität in Piran angekündigt. Der eingangs erwähnte EU-Lateinamerika Gipfel soll sich den Themen Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung widmen. Slowenien wird die Union auch bei Treffen mit den USA, Japan und Russland vertreten. Mit Russland könnte unter slowenischer Präsidentschaft über ein neues Partnerschaftsabkommen mit der EU verhandelt werden.

Von besonderer Bedeutung bleibt die **Schaffung von Stabilität im westlichen Balkan**. Wichtig sei die Förderung der europäischen Perspektive für diese Region. Mit dem Nachbarland Kroatien werden die Beitrittsverhandlungen fortgeführt, ebenso die Verhandlungen mit der Türkei. Eine Überprüfung der sog. Thessaloniki-Agenda, ein vom Europäischen Rat (ER) im Jahr 2003 beschlossener Maßnahmenkatalog zur Stärkung des Assoziierungs- und Stabilisierungsprozesses für die Staaten des westlichen Balkan, steht 2008 an. Die slowenische Präsidentschaft will zu einer verstärkten Kooperation in der Region beitragen und das Netz der Abkommen mit den Staaten enger knüpfen.

Gleich zu Beginn der Präsidentschaft wird sich das kleine Land jedoch um eine einheitliche Haltung der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Entscheidung über den künftigen Status des Kosovo bemühen müssen. Noch äußern einige der Mitgliedstaaten Bedenken. Zum Jahresbeginn hat der serbische Regierungschef Vojislav Kostunica der EU mit einem Ende der Annäherung von Serbien an die Union gedroht, sollte die Union an der Unabhängigkeit der Provinz Kosovo festhalten. Das seit 1999 von den Vereinten Nationen verwaltete Kosovo strebt seine Unabhängigkeit von Serbien und die völkerrechtliche Anerkennung derselben an. Slowenien will eine Geberkonferenz und die Übernahme der bislang umfangreichsten Mission der EU, die im Dezember 2007 vom ER beschlossen wurde, vorbereiten. Mit dem Übergang der UN-Mission zu einer Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP-Mission) wurde der Hohe Repräsentant für Außenbeziehungen, Javier Solana, beauftragt.

Am 8. Januar wird das Kollegium der Kommissare im slowenischen Brdo zu einem ersten Treffen mit der Präsidentschaft erwartet. Kommissionspräsident Barroso erklärte, Slowenien sei vielleicht kein besonders großes Land, brauche sich aber mit seinem Einsatz für Europa nicht zu verstecken.

Quellen:

- Seite der Ratspräsidentschaft: www.eu2008.si (verfügbar in Slowenisch, Englisch und Französisch)
- Auswärtiges Amt: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/> (Stand: 27.12.07).

Heike Baddenhausen, Claudia Vaihinger, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33615, E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de